



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 21. Mai 1885.

Nr. 231.

Berlin, 20. Mai. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 2. Klasse 172. preuss. Klassen-Lotterie fielen:

- 1 Gewinn zu 30,000 Mk. auf Nr. 1929.
- 1 Gewinn zu 6000 Mk. auf Nr. 38387.
- 2 Gewinne zu 1800 Mk. auf Nr. 45880 73696.
- 2 Gewinne zu 600 Mk. auf Nr. 22130 63593.
- 4 Gewinne zu 300 Mk. auf Nr. 50474 78790 81410 86763.

Deutschland.

Berlin, 19. Mai. Ueber das zu ersten Besorgnissen Anlass gebende Befinden des alten Fürsten Anton von Hohenzollern, welches die Abreise des Prinzen Friedrich von Hohenzollern von hier nach Schloss Krauchenwies verursacht hat, sollen gestern Abend und heute früh bessere Nachrichten eingelaufen sein. Der Fürst ist 1811 geboren und bereits seit einigen Jahren krank. Die schöne Fete seiner goldenen Hochzeit am 21. Oktober v. J., welcher unser Kaiserpaar beizuwohnte, ist noch in aller Gedächtnis. Hoffentlich wird dem um Preußen wie um das Gesamt Vaterland hochverdienten und weitbeliebten Fürstlichen Herrn noch ein längerer Lebensabend beschieden sein.

Die Revision der Gewerbeordnung, mit welcher man seit einiger Zeit beschäftigt ist, darf noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Bekanntlich war von einigen Bundesregierungen schon vor Jahren eine allgemeine Revision der Gewerbeordnung angeordnet worden. Man hatte es indessen vorgezogen, von Fall zu Fall das Revisionswerk vorzunehmen, weil man im Großen und Ganzen noch weitere Erfahrungen machen wollte. Jetzt verlautet, man würde in der nächsten Session noch mancherlei Abänderungen vorschlagen. Nun ist es in Anregung gekommen, daß man auch an die Reform der Reichsjustizorgane herantreten müsse, und zwar in einem viel größeren Umfange, als dies bisher geschehen ist. Dem gegenüber ist es fraglich, ob nicht die Novelle zu den Strafjustiz-Gesetzen, welche dem Reichstage bereits vorgelegen, eine Ausdehnung erfahren wird; wenigstens glaubt man im Bundesrathe daran. Auf diesem Gebiete wird man indessen, namentlich im Reichstage, mancherlei Schwierigkeiten finden und keinesfalls schnell vorwärts kommen.

Wie die „Nat.-Ztg.“ meldet, unterbreitete der Reichskanzler dem Bundesrathe einen Antrag Preußens, die Ueberzeugung der verbündeten Regierungen dahin auszusprechen, daß die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig mit dem inneren Frieden und der Sicherheit des Reiches nicht verträglich sei.

Gerhard Nothke, der Vertreter Deutschlands in Zanibar, soll, wie die „Köln. Ztg.“ berichtet, von dort zurückgerufen sein. Ob dies

mit dem gemeldeten, feindlichen Vorgehen des Sultans gegen die Kolonie der ostafrikanischen Gesellschaft zusammenhängt, ist nicht ersichtlich. Die Londoner „Ball Mall Gazette“ fordert die englische Regierung auf, nach dem Grundsatz zu handeln, daß Zanibar eine Kolonie Britisch-Indiens sei. Das wird das Londoner Kabinet sich doch wohl noch überlegen.

Der nächste volkswirtschaftliche Kongress wird in Nürnberg vom 21. bis 24. September stattfinden. Die Tagesordnung ist die folgende:

- 1) Der Einfluß der Schutz- und Retorsionszölle auf Produktion und Absatz der Weltindustrien. Referenten: Brömel-Berlin, Dr. von Dorn-Wien.
- 2) Die künstliche Steigerung der Grundrente auf Kosten der Arbeit. Referenten: Dr. Barth-Berlin, Dr. Wolff-Stettin, v. Hellsdorf-Baumerroda.
- 3) Normalarbeitstag und Normalarbeitslohn. Referenten: Dr. Baumbach-Sonneberg, Weigert-Berlin, Dr. Engel-Oberlössnitz-Radebeul.
- 4) Kolonisation und Schutz deutscher Interessen in überseeischen Ländern. Referenten: Dr. Braun-Leipzig, Phipps-Berlin, Johannes Scharrer-Nürnberg.

Aus Paris meldet der „Voss.-Ztg.“ heute ein Privattelegramm:

Nach einer sehr schlechten Nacht, während welcher er wiederholte Ohnmachtsanfälle überhand, verbrachte Victor Hugo gestern einen etwas bessern Tag. Das Versprechen ist bei ihm so vollständig zur Respektabilität geworden, daß er im Delirium automatisch den Alexandriner Skandirt: „Oest ici le combat du jour et de la nuit.“ Der medizinische Schwall, den alle bliesigen Blätter spaltenweise über den Fall veröffentlichen, ist wieder unsagbar. Sämtliche Minister ließen sich beim Kranken einschreiben. Der Kammerpräsident ließ ein Galadiner, das heute stattfinden sollte, absagen.

Mit der italienischen Expedition nach Ostafrika steht es immer bedenklicher. Der eigentliche Zweck derselben ist immer dunkel geblieben, so viel auch in der Kammer darüber angefragt und geantwortet worden ist. Die Kosten belaufen sich schon jetzt auf 9 Millionen Frank, der praktische Erfolg aber ist gleich Null. Die Truppen befinden sich in einem Zustande, welcher demjenigen der jetzt sich aus dem Sudan zurückziehenden Engländer unter Wolseley und Graham ziemlich ähnlich ist. Bei alledem steht aber kein Mensch das Ende der Expedition ab, und in der That, wenn die 6000 italienischen Soldaten jetzt plötzlich wieder in ihre Heimath beordert würden, würde der Spott Europas ihre Belohnung und der sofortige Sturz Mancinis die nächste Folge sein. Sogar wollen die Italiener ansehend nicht besagen, die Engländer

aber schicken sich an, die Stadt zu verlassen. Ob die Türken an ihre Stelle treten werden, ist ungewiß. In Italien wünscht man das nicht. Die Garnison von Kassala zu retten, scheint dem englisch-italienischen Einverständnis auch nicht vorzuziehen zu sein und die Besetzung Massoas hat Italien mit Abyssinien verfeindet. Italienische Blätter bezeichnen die Meldung, daß Oberst Salletta bei Massauah von Abyssinern gefangen genommen worden sei, als richtig. Neueren Berichten zufolge ist der erwähnte Oberst jedoch gegen eine Geldentschädigung wieder freigelassen worden. Man muß hierüber nähere Nachrichten abwarten. Verhält sich der Vorgang in der That so, wie er hier geschildert wird, so wird die unüberlegte Afrikapolitik Mancinis in den Augen der Italiener noch weit verwerflicher erscheinen, als das schon jetzt der Fall ist.

Wie der „Vol. Kor.“ aus Konstantinopel gemeldet wird, hat die Pforte in Anbetracht der in der anglo russischen Kontroverse eingetretenen Wendung alle gemachten Bestellungen an Waffen und Munition wieder abbestellt und beschloffen, die betreffenden Kontrahenten zu entschädigen.

Die Suezkanal-Konferenz hat bisher noch keine endgültigen Beschlüsse in Bezug auf die für den Kanal zu bestellende Ueberwachungs-Kommission gefaßt. Aus London, 20. Mai, gehen in dieser Hinsicht der „Nat.-Ztg.“ nachfolgende Mittheilungen zu:

Der Delegirte Hollands bei der Suezkanal-Kommission unterstützt energisch die Vorschläge Frankreichs, Deutschlands, Rußlands und der Türkei, eine internationale Kommission einzusetzen. Fürst Bismarck soll die Ansicht hegen, daß der Türkei der Vorsitz in diesem Ueberwachungs-Ausschusse zu übertragen sei. Das italienische Kabinet zögert, die englischen Vorschläge zu unterstützen.

Auf den Triumphzug, den der serbische Erminister Mitsich durch Rußland gehalten hat und die panlawistischen Ovationen, die er erntete, hat König Milan und seine Regierung jetzt dem heimgekehrten Erminister die Antwort ertheilt. Die Wiener „P. C.“ läßt sich aus Belgrad vom 17. v. melden:

Seine Majestät der König hat heute durch einen Ukas den Ministerpräsidenten zur Disposition, Herrn Johann Mitsich in definitiven Aufstand versetzt. Diese Maßregel ist als Antwort auf das von Herrn Mitsich für gut befundene Auftreten in St. Petersburg zu betrachten. Die Art und Weise, wie sich der Ex-Premier auf den verschiedenen ihm zu Ehren von Panlawisten gegebenen Festen über das Verhältniß Serbiens zu Rußland geäußert hatte, und zwar unter steter Voranstellung seiner Person, ging weit über die eines Privatmannes und lokalen Unterthan des Soveräns von Serbien naturgemäß gezogenen Grenzen hinaus. Selbst wenn Herr Mitsich an

der Spitze der Regierung gestanden wäre, hätte derselbe, ohne dazu von seinem Herrscher spezialermächtigt zu sein, das Recht, eine solche Sprache zu führen, für sich nicht in Anspruch nehmen zu können. Er hat nicht nur gegen den Anstand gesündigt, sondern sich auch an der seinem Souverän schuldbigen Loyalität vergangen. Was die Panlawisten betrifft, so ist es ihre Sache, aus dieser Maßregel, welche hier so ziemlich allgemeiner Zustimmung begegnet, die logischen Folgerungen zu ziehen. Vorläufig und wahrscheinlich für lange Zeit hinaus herrscht in Serbien jene Politik, die ihren Ursprung einzig und allein im nationalen serbischen Gedanken hat und die zu leiten nur der König und die legalen Faktoren berufen sind.

In Zentralamerika nehmen die revolutionären Bewegungen kein Ende. Ueber Newyork wird unterm gestrigen Datum aus San Salvador gemeldet, es habe eine Revolution stattgefunden; der bisherige Präsident Zaldivar y Lazo habe die Leitung der Regierungsgeschäfte Figuerosa überlassen und sich aus dem Lande entfernt. Der Kriegsminister General Melendez habe am 15. d. Santana besetzt, sich als Präsidenten proklamiert und werde sich nunmehr nach San Salvador begeben, um die Ruhe wiederherzustellen.

Ausland.

Wien, 18. Mai. Die „D. Ztg.“ schreibt: „Die gestern von den deutschen Vertrauensmännern in Prag gefassten Beschlüsse finden eine sichere Bürgschaft dafür, daß die Deutschen in Böhmen in geschlossenen Reihen den Wahlkampf bestehen werden. Die aus allen deutschen Gauen des Landes besetzte Versammlung war einmüthig in ihren Besinnungen, und es liegt jetzt an der Wähler-schaft, durch festes Zusammenhalten, durch Zurückdrängung jeder Meinungs- Verschiedenheit über Personenfragen zu bekunden, daß sie sich des Ernstes der Lage bewußt ist und darnach zu handeln weiß. Mit vollem Rechte stellte Dr. von Pleuer in einer Ansprache an die Vertrauensmänner Muth und Disziplin als die beiden wichtigsten Erfordernisse der deutschen Wähler Böhmens hin. Gerade diese Eigenschaften hat das deutsche Volk in Böhmen stets beibehalten, wenn es galt, in schweren Zeiten für seine bedrohte Nationalität einzustehen, und wir sind überzeugt, daß es auch diesmal seine alten Tugenden bewahren wird. Das größte Verdienst um die Aufrechterhaltung der Einheit im deutschen Lager gebührt Dr. Schmeykal, dem unerwählbaren Führer, dessen selbstloses Willen vollaus die ehrende Anerkennung rechtfertigt, welche ihm gestern zu Theil wurde, als Dr. von Pleuer unter der beglücktesten Zustimmung der ganzen Versammlung Dr. Schmeykal den Dank aller Deutschen aussprach.“

Paris, 19. Mai. Bei der heutigen Fortsetzung der Debatte über die Vorlage, betreffend die Bildung einer Kolonialarmee, wurde die Be-

Feuilleton.

Der Brand im Schlosse Montbijou.

Der bereits im Abendblatt kurz erwähnte Brand im Schlosse Montbijou, welcher bei seinem Entstehen den Kunstschätzen des Hohenzollern-Museums den schwersten Schaden drohte, ist ohne Verluste abgelaufen. Es ist dies lediglich der außerordentlichen Energie zu danken, mit welcher das Ablöschen des Brandes durch unsere Feuer-wehr und vornehmlich die Bergung der Kunstschätze durch den Kastellan des Schlosses, Franke, und den Direktor der Sammlung, Gehelmatz Dohme, erfolgte.

Das Feuer brach gegen 12 1/2 Uhr auf dem Dachboden des Gebäudes aus, in welchem sich das historische Museum befindet. Das Gebäude ist nur einstöckig, der Dachboden bildet die Decke der Säle, so daß die Gefahr so groß war wie nur irgend möglich. Dieser Dachboden diente zum Unterbringen von Geräth und stand auch mit den Bleichkammerräumen der Schlosskammerkammer in Verbindung. Von hier muß das Feuer seinen Ausgang genommen haben. Der Dachstuhl ist vollständig zusammengebrannt und zwar über dem

Bavillon, welcher den Eingang bildet und über den sämmtlichen anliegenden Sälen, in welchen die historischen Erinnerungen von Friedrich II., Friedrich Wilhelm II., Friedrich Wilhelm III., der Königin Luise, Friedrich Wilhelm IV. und die unseres Kaisers untergebracht sind. Wenn das Feuer nur um eine Viertelstunde später zum Stillstand gebracht wäre, so wären diese sämmtlichen unerseßlichen Reliquien, unter denen auch vieles von hohem künstlerischen Werthe sich befindet, unrettbar verloren gewesen. Das Zimmer der Königin Luise mit der Wiege unseres Kaisers und seinen sonstigen besonders gepflegten Sammlungen war am meisten gefährdet, da es ein Oberlicht besitzt, welches den Flammen keinen Widerstand leisten konnte.

Es ist aber, wie wir noch ausdrücklich wiederholen wollen, durch die umsichtige Bergung auch nicht ein Stück in Verlust gerathen. Die sehr reizvolle Ausstattung der Wände, Decken etc. ist allerdings so beschädigt, daß sie fast ganz erneuert werden muß, dieselbe ist aber nicht alt, sondern erst während des letzten Jahres nach Maßern in den königlichen Schlössern gefertigt worden, so daß dieselbe durchaus wieder herstellbar ist.

Die älteren Hügel des Museums, in welchen die Kofelien-Einrichtung aus der Zeit Friedrich II. mit ihren Porzellanconsolen und Stadoverzierungen erhalten ist, sind von dem Feuer nicht berührt,

auch die Gallerie mit den Gipsabgüssen, der sa-pelenartige Spiegelraum, der Saal mit den Schritten und Gobelins sind völlig ver-schont geblieben. Es ist also glücklicherweise ein Schaden abgewendet worden, der an höchster Stelle und in allen Kreisen des deutschen Volkes die schmerzlichen Empfindungen hervorgerufen haben würde. Der glückliche Erfolg der Rettungsarbeiten konnte bereits in aller Frühe dem Kaiser und dem Kronprinzen, welcher dieser Sammlung seine ganz besondere Theilnahme zuwendet, angezeigt werden.

Das Hohenzollern-Museum führte offiziell den Titel „Historisches Museum für die Geschichte des Hauses Hohenzollern“. Wenigleich sei e An-fänge bis in das Jahr 1868 zurückzuführen, so nahm es einen bedeutenden Aufschwung doch er-nahm das Jahr 1875, wo ihm die bis dahin in dem „Neuen Museum“ aufbewahrten Aenderen an Friedrich von Großen zugewandt und es eine-eigenen Direktion unterstellt wurde. Seitens de-döchsten Herrschaften wurde dem Museum außer-ordentliche Theilnahme bewiesen. Der Kaiser-wendete ihm alle Gegenstände zu, die mit der Ge-schichte seines Hauses zusammenhängen. Er hat-viele Geschenke, die ihm zur Geburt-tage, zu-goldenen Hochzeit, aus Anlaß seiner Rettung aus-Nöthigung gemacht wurden. Ganz besond-

reichhaltig sind die Sammlungen, welche sich auf die Königin Luise und Friedrich den Großen beziehen. Schon jetzt umfaßte das Museum 21 Säle und Zimmer und es ist denn auch, als ein Wunder zu betrachten, daß es gelungen ist, noch im letzten Momente Alles zu bergen. Allerdings trugen dazu auch die Maraschier des 2. Ba-talions des 2. Garde-Regiments wesentlich bei, die sofort konfiskirt wurden und, von dem ein-zig werthvolle Dienste leistete.

Das Schloß Montbijou, welches theilweise durch das Feuer zerstört wurde, ist Ende des 17. Jahrhunderts erbaut worden. Im Jahre 1717 wohnte Peter der Große hier, als er auf seiner Reise aus Europa in Berlin längeren Aufenthalt nahm und durch seine Anwesenheit den Hof entzückte. Er führte ein überaus großes weibliches Gefolge mit sich, mehrere hundert Diensthofen, die „Fors-amen“ genannt wurden und die im Schlosse kaum unterzubringen waren. Späterhin wurde es Wilhelms der Mutter Friedrichs des Großen, stand dann lange unbenutzt, diente sodann den ägyptischen Alterthümern als Unterkommen, ehe-selben eine bleibende Stätte im Neuen Museum fanden und ist erst seit nahezu 20 Jahren seiner gegenwärtigen Bestimmung übergeben worden.

stimmung, daß die bisherigen Marinesoldaten dem Kriegsministerium unterstellt werden, nach heftiger Debatte mit 374 gegen 110 Stimmen angenommen. Die im Laufe der Debatte von dem Marine-Minister Galiker und dem Kriegeminister Campenon abgegebenen Erklärungen lauteten dahin, daß keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen beständen. Der Marineminister suchte insbesondere nachzuweisen, daß durch das Projekt das glorreiche Korps der Marine-Infanterie nicht vermindert würde. Des eigenthümlichen Protestes der Offiziere des dritten Regiments geschah keinerlei Erwähnung. In der Sitzung der Initiative-Kommission setzte der Deputirte Deviere seine Rede gegen das ehemalige Kabinett fort. Falls die Kommission am Donnerstag der Deputirtenkammer noch keinen Beschluß unterbreiten sollte, beabsichtigen die Mitglieder der ehemaligen ministeriellen Majorität, die Kommission über die Gründe der ungewöhnlichen Verzögerung zu interpelliren und auf diese Weise nöthigenfalls ein Votum der Kammer herbeizuführen.

London, 18. Mai. Das von der Regierung zugesagte *Blaubuch* über Zentralasien ist nunmehr erschienen. Es ist ein voluminöser Band von 197 Folioseiten, betitelt „*Central Asia Nr. 2 (1885)*“, dessen Depeschen sich vom 31. Dezember 1883 bis zum 7. April 1885 erstrecken. Die neuesten und interessantesten Zwischenfälle des englisch-russischen Konflikts wegen der afghanischen Grenze sind daher, wie schon Gladstone in der Freitagssitzung des Unterhauses andeutete, in dem *Blaubuch* nicht berücksichtigt. Das *Blaubuch* hat die gesammte Presse in neue Erregung gebracht und die Treulosigkeit, Anmaßung und Gewaltthätigkeit der russischen Regierung wird in allen Tonarten verkündet. Indessen weist das *Blaubuch* jedenfalls nach, daß Rußland die Grundlagen der möglichen Verständigung von Anfang an scharf gezogen und consequent festgehalten hat, indem es die turkmenischen Gebiete für sich in Anspruch nahm. Dagegen ist das Verhalten der englischen Regierung voll von Unsicherheit und von Widersprüchen; man lernt es verstehen, warum die englische Diplomatie mit einer so großen Niederlage abschließen konnte.

Der erste Theil des Schriftwechsels bezieht sich auf die Annerktion von Merw und die englisch-russischen Unterhandlungen, welche zur Ernennung der beiderseitigen Grenzkommissäre führten. In einer 7. September 1884 datirten Depesche zeigt Sir E. Thornton, der englische Botschafter in St. Petersburg, an, daß General Zelenoi, der russische Kommissär, mit Sir Peter Lumsden, dem englischen Kommissär, etwa am 13. Oktober in Sarafs zusammengetroffen werde. Er fügt hinzu, Herr von Giers bezeichne es als dringlich, daß die afghanischen Behörden an Gebietseingriffen verhindert werden sollten. Vordem hatte Thornton über wiederholte Versuche seitens des Herrn von Giers berichtet, die englische Regierung zu bewegen, vor dem Beginn der Arbeiten der Grenzkommission sich mit Rußland über die Prinzipien zu verständigen, die die Basis der den Kommissären zu ertheilenden Instruktionen bilden sollten. Am 11. August meldet Thornton, die russische Regierung wolle es vorher eingeräumt haben, daß die Saryk Turkmenen an Rußland abgetreten werden sollten. Dies sei nach der Ansicht des Herrn von Giers das wichtigste der Prinzipien, auf welche die Instruktionen der Kommissäre basirt werden sollten. In einer vom 2. Oktober datirten Depesche Thornton's bezieht es, General Zelenoi, der russische Kommissär, sei außer Stande, mit Lumsden zusammen zu treffen, da er nicht nur sehr leiend sei, sondern da er Zeit bedürfe, um „die Frage zu studiren.“ Die russische Regierung schlägt vor, die Zusammenkunft der Kommissäre bis zum 27. Januar zu verschieben, den Ort der Zusammenkunft nach einem Punkte südlich von Sarafs zu verlegen und die Stärke der Eskorten zu reduzieren.

Am 14. Oktober erhält Thornton einen Besuch des Generals Zelenoi. In Laufe der Unterredung drückt Letzterer die Befürchtung aus, daß die Kommission Fiasco machen würde. Sie habe keine Basis, auf der sie vorgehen könne, es sei keine Zone für ihre Arbeiten ausgedeckt. Der General glaubt, sie sollte übereinkommen, als die äußersten Grenzen Sarafs im Norden und das Paropamisusgebirge im Süden anzunehmen.

In einer Depesche vom 16. Januar a. c. drückt Herr von Giers sein Bedauern darüber aus, daß Ihrer Majestät Regierung dabei habe, die russischen Vorschläge betreffs einer vorläufigen Verständigung zwischen den zwei Regierungen über die Grenzen der Delimitationszone abzuweisen, ohne sich Gründe für ihre Weigerung angeben. Dieser Zustand, hebt Herr von Giers hervor, lasse sich, im Hinblick auf den Weidewehrgriff der Afghanen, nicht vertheidigen, und er bittet Ihrer Majestät Regierung um einen freier Willigen Meinungswechsel. Eingeschlossen in müßigen Meinungswechsel ist eine lange Revue der ganzen dieser Depesche in eine lange Revue der ganzen afghanischen Grenze und die in Bezug darauf abgeschlossenen Unterhandlungen. Die russische Regierung schlägt vor, die südliche Grenzlinie vor, die südlich von Sarafs an der Pandschir läuft, jedoch Meruhat von Sarafs an der Pandschir.

In einer Zuschrift an den russischen Botschafter, Herrn von Giers, datirt 13. Mai, beantwortet Lord Granville die Depesche des Herrn von Giers vom 16. Januar. Er giebt darin dem Bedauern Ihrer Majestät Regierung Ausdruck, daß sie außer Stande sei, die von Rußland in Vorschlag gebrachte Grenzlinie oder die daran geknüpften Bedingungen anzunehmen; Lord Gran-

ville erklärt sich jedoch damit einverstanden, daß die von den zwei Regierungen vorgeschlagenen Grenzlinien als die Grenzen einer Zone betrachtet werden sollen, auf welche die Enquete der Kommissäre beschränkt sein solle. Am 27. März wird Thornton von Lord Granville benachrichtigt, daß Ihrer Majestät Regierung von der Nothwendigkeit durchdrungen sei, der Aufregung in Bezug auf die afghanische Grenze, die in beiden Ländern zuzunehmen scheine, ein Ende zu setzen. Die Wichtigkeit, zu einer baldigen und gütlichen Lösung zu gelangen, könnte nicht überschätzt werden. Im Weiteren hebt Lord Granville hervor, daß die Verbindlichkeiten Ihrer Majestät Regierung dem Emir gegenüber sie zwingen würden, irgend einen Eingriff in sein Gebiet, dessen Hauptpunkt Herat sei, als eine feindselige Handlung zu betrachten. Andererseits sei, da die russische Regierung aus freien Stücken irgend welche drohende Absichten gegen Herat in Abrede gestellt habe, Ihrer Majestät Regierung in einer günstigen Lage, um zu einer für Rußland, den Emir und Großbritannien zufriedenstellenden und ehrenvollen Regelung zu gelangen. In einer Depesche vom 15. März beantwortet Herr von Giers Lord Granville's Depesche vom 3. März betreffs der Grenzzone. Er hält an der zuerst vorgeschlagenen Linie fest; drückt jedoch gleichzeitig die Meinung aus, daß die Anschauungen der zwei Regierungen hinreichend mit einander harmoniren, um eine praktische Basis für freundschaftliche Unterhandlungen zu bilden. Er glaubt indeß, daß durch die Enquete an Ort und Stelle ein zu großer Zeitverlust entstehen würde, ohne daß die Meinungen der beiden Regierungen eine Aenderung erfahren dürften, und am Ende die Kommissäre ihre Differenzen ihren respektiven Regierungen zu unterbreiten haben würden. Herr von Giers stellt seitens Rußlands jedwede feindselige Absicht irgend einen Theil von Afghanistan in Abrede und glaubt, das beste Mittel, um zu einer Verständigung und freundschaftlichen Beziehungen mit England zu gelangen, sei die Herstellung einer guten Grenze zwischen den beziehungsweise Sphären des Einflusses der zwei Mächte. Am 4. April richtet Lord Granville eine Depesche an Sir E. Thornton, worin es heißt, er habe nach einer Berathung mit seinen Kollegen am vorhergehenden Tage Herrn von Giers benachrichtigt, daß er nicht die Enttäuschung verhehlen könne, welche durch die jüngsten Depeschen seiner (der russischen) Regierung bezüglich der afghanischen Grenze verursacht wurde. In ihrer Antwort vom 13. März hätte Ihrer Majestät Regierung sich befreit, Vorschläge zu machen, die eine vernünftige Basis für eine Verständigung gewähren. In Antwort darauf hätte die russische Regierung Einwände gegen die Vorschläge Ihrer Majestät Regierung erhoben, jedoch keinen Gegenvorschlag gemacht, sondern auf der gänzlichen Adoption ihrer eigenen Anschauungen bestanden. Lord Granville informirte den russischen Botschafter, daß es der britischen Regierung unmöglich sei, die Unterhandlungen auf einer Basis fortzusetzen, welche die Gleichstellung beider Mächte substantiell verweigere. Damit schließt das *Blaubuch*.

Suakin 17. Mai. Die weitere Räumung von Suakin ist vorläufig eingestellt worden. Die von Oberst Chermisde und Mr. Brewster geführten Unterhandlungen mit den freundlich gestimmten Arabern wegen der Beschützung der Eisenbahn seitens derselben werden fortgesetzt; bis jetzt ist jedoch kein befriedigendes Resultat erzielt worden.

Der ruhmlose Feldzug im Sudan ist zu Ende und die britischen Truppen kehren so schnell als möglich nach England zurück. Fast komisch, wenn die Sache nicht so ernst wäre, klingen die Enthüllungen Burleigh's und Williams, der Spezial-Korrespondenten des „Daily Telegraph“ und des „Daily Chronicle“ im Sudan, über die mangelhafte Intendantur. Da waren Haufen von Hemden, Leintüchern, Choleraquarteln, Arzneien und Tragbahnen, aber bligwenig Stiefeln, Hosen, Helme und Mehl, und Tabak fehlte gänzlich! Bei den Henri-Martini's Wägen blieben die Patronenhülsen häufig im Lauf stecken, weil sie zu groß waren; die dreikantigen Strichbajonnette wirkten wie Pflanzenscheiter, die Sabelbajonnette bo-gen sich wie Reifeln, die Gewehre verlugten häufig; kurz, all die Mängel, welche durch Dr. Russell schon beim Krimfeldzuge bloßgestellt wurden, wiederholten sich im Sudan in gesteigertem Maße. Zum Glück hatten die Engländer hier aber mit keinen disziplinirten Truppen zu thun, sonst hätte es ihnen schlecht gehen können.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 21. Mai. Die Bestimmungen des § 23 der Reichs-Konkurrenzordnung über die Anfechtung von Rechtsurtheilen vor der Konkurs-eröffnung finden nach einem Urtheil der Reichs-gerichts 5. Zivilsenats, vom 31. Januar a. c. vollständig auch auf die Anfechtung im Konkurskonkurrenz-Anwendung. Für die letztere kommt ebenso wie für den Antog auf Konkursveröffnung auch die Zahlungseinstellung der Erben als kritisches Zeitmoment in Betracht.

Seit längerer Zeit war die Berliner Kriminal-Polizei davon unterrichtet, daß aus einem riesigen großen Establishement Kopien von der Ad-miralität gehörigen Zeichnungen verschwanden, die nachher in dem in letzter Zeit mehrfach genannten Papenbager Bureau auftauchten. Sorgfältige Beobachtungen lenkten den Verdacht auf den Techniker M. und eine darauf von einem hiesigen und einem Berliner Kriminal-Kommissarius vorgenommene sorgfältige Untersuchung seines Paltes be-

stätigte diesen Verdacht. Demgemäß nahm man auch eine Durchsuchung von M.'s Wohnung in Grabow vor, in der man, wie die „N. St. Ztg.“ hört, außer einer Anzahl von Briefen eine Summe von etwa 800 Mark in baarem Gelde vorfand. Die Möglichkeit, daß M. dieselbe von seinem Gehalt erspart haben könne, wird hierbei als ausgeschlossen erachtet. Auf die mehrstündige Haus-suchung hin erfolgte die Verhaftung des M., der noch am Abend desselben Tages unter der Bedeckung mehrerer Beamten nach Berlin gebracht wurde.

— Stadtverordneten-Sitzung zu Grabow vom 20. Mai. — Nach Mittheilung des Kassen Revisions-Protokolls vom 28. April nahm die Versammlung Kenntniß von der Einteilung der Schulklassen mit Beziehung des neuen Schulhauses Langestraße 80. In letzterem, welches nach Ablauf der diesjährigen Herbstferien eröffnet werden soll, sollen sämtliche (11) Mädchenklassen untergebracht werden. — Durch Restrikt der königlichen Regierung ist mit Rücksicht auf die Ueberfüllung der Schulklassen und die Höhe der Schülerzahl der Magistrat angewiesen worden, drei neue Lehrer anzustellen, so daß die Gesamtzahl der städtischen Lehrer 21 betragen würde, und für sämtliche Lehrer einen Normal-Befoldungsplan zu entwerfen, und zwar sollen die Lehrer mit einem Minima-Gehalt von 900 Mark ange stellt werden, welches sich von 60 zu 60 Mk. steigend bis zu dem Maximalgehalt von 2100 Mark erhöhen soll. Der Magistrat hat hierüber berathen, ist jedoch zu der Ansicht gekommen, daß zur Zeit weder zu Aenderungen im Befoldungsplan, noch zur Neuanschaffung von drei Lehrern eine Nothwendigkeit vorliege. Er war vielmehr der Meinung, daß die Anstellung zweier neuer Lehrer bei den jetzigen Schulverhältnissen ausreichend sei, von diesen solle außerdem ohne jede Entschädigung seitens der Kommune der eine die Organtien-, der zweite die Küsterstelle bekleiden. Die Versammlung trat diesen Beschläüssen des Magistrats bei. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der Antrag gestellt, von den auswärtigen Schülern eine Erhöhung des Schulgeldes um 50 Proz. eintreten zu lassen, falls mehr als 20 Schüler von Auswärts die Schule besuchen würden. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. — Sodann wurde von einem Schreiben des Kgl. Konfistoriums der Provinz Pommern Mittheilung gemacht, worin angezeigt wurde, daß die Stadt Grabow eine eigene Parodie, unabhängig von der Peter-Pauls-Kirche, zu bilden und deshalb auch eigene Aelteste und Gemeindevorsteher zu wählen habe und zwar sollen 8 Aelteste und 24 Gemeindevorsteher. — Die Stadt Grabow hatte bekanntlich die Absicht, eine neue Anleihe in Höhe von 120,000 Mark aufzunehmen; da aus dieser Anleihe auch die Kosten für Pflasterung der Straßen und Regulirung der Bürgersteige bestritten werden sollten, erhob das Ministerium des Inneren Bedenken, weil es der Ansicht war, daß diese Ausgaben nicht im Wege einer Anleihe, sondern aus den laufenden Einnahmen zu bestreiten seien. Die Versammlung beschloß daher, einem Magistratsvorschlag gemäß, die Anleihe von 120,000 Mark auf 116,000 Mark mit 2 Prozent zur Amortisation zu reduzieren und zwar sollen 80 Stück zu 1000 Mk. und 72 Stück zu 500 Mk. ausgegeben werden.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Elysiumtheater: „Der Walzerkönig.“ Gesangsposse in 4 Akten. Bellevue-theater: „Eine Nacht in Venedig.“ Operette in 3 Akten.

Bermischte Nachrichten.

— Der Handlungs-Kommiss Slinger, welcher den wahnwichtigen Streich begangen hat, ein Fenster im Palais unseres Kaisers einzumurfen, ist, nach sorgfältiger Beobachtung und Exploration in der Charitee, für geisteskrank erklärt und demgemäß seinen Angehörigen übergeben worden, welche den Unglücklichen nach der Heimath, Reife, überführen.

— Der dreizehnte Geschäfts-Bericht der Korporation Deutscher Krieger-Bund, welcher als amtliches Beiblatt der Nr. 20 der Bundes-Zeitung „Parole“ beigegeben worden ist, umfaßt das Kalenderjahr 1884, und bezeichnet dasselbe in seinen Erfolgen als ein besonders bevorzugtes, nicht allein für den Bund, sondern auch für die gesammte Lage der deutschen Krieger-Bereine. Das Zustandekommen des „Deutschen Reichs-Krieger-Verbandes“, die Eröffnung des Krieger-Waisenhauses „Gladburg“ in Rombild, der An-schluß der Krieger-Bereine an das „Rothkreuz“ und die Bildung von Sanitätskolonnen in den Verbänden, Bezirken und Vereinen des Bundes, die Ausübung werththätiger Kameradschaft an bedürftige Kameraden, Witwen und Waisen aus der Bundes-Unterstützungskasse, das Alles sind Thatsachen, welche den kräftigen Pulsschlag gesunder Entwicklung und hervorragenden Gedeihens fühlen lassen. Bis zum 1. April 1885 war die Zahl der Mitglieder auf 240,014 gestiegen. In 49 Vereinen sind Sanitäts-Kolonnen theils gebildet, theils in der Formirung begriffen; 36 derselben mit 800 Mann sind als ausgebildet anzusehen. Das Bundesvermögen beläuft sich auf 234,722,83 Mark gegen 190,987,17 Mark im Vorjahr. Aus der Unterstützungskasse und den Einnahmen des Bundes wurden 12,096 Mark gezahlt. Im Waisenhause sind 8 Kinder untergebracht und 14 andere angemeldet. Der Bund erhofft die Möglichkeit, durch Vermehrung des Waisenfonds, welcher auf rund 100,000 Mark an-

gewachsen ist, auch diesen armen Kindern bald Aufnahme gewähren zu können. Es ist zu diesem Zweck von Kameraden des Bundes eine eigene Krieger-Fecht-Anstalt nach dem Vorbilde der deutschen Reichs-Fecht-Schule ins Leben gerufen worden, welche bereits 18,000 Mitglieder zählt, die in fast 700 Fecht-Schulen arbeiten. Aus Anlaß der Diamant-Hochzeit des Mitbegründers und Ehrenmitgliedes des Bundes, Generalleutnant z. D. Stodmarr zu Dessau, wurde ein „Stodmarr-Fonds“ gegründet, dessen Erträge zu Ehrengeschenken bei goldenen Hochzeit oder sonst zu Unterstützungen verwendet werden sollen. Die Sammlung hierzu ergab 4714 Mark. Der Reinertrag des Bundesorgans, der „Parole“, betrug 2766,52 Mark, derjenige des dem Bunde gehörigen „Jahrbuches“ pp. 2700 Mark, welche der Unterstützungskasse des Bundes zuzuführen sollen.

— In dem abgelaufenen Jahre brach in Mainz eine Typhus-Epidemie aus, an welcher in der dortigen Schlosskaserne allein 102 Soldaten erkrankten, während in derselben Zeit 129 Personen der Zivilbevölkerung von demselben Leiden heimgesucht wurden. Die ersten Erkrankungen traten in einem Hause auf der Gaustraße auf, in welchem ein Mineralwasser-Fabrikant wohnte, wodurch sich bei der Medizinalbehörde bald die Ansicht geltend vermachte, daß das von dem Fabrikanten benutzte Wasser von dem Krankheitsstoff durchsetzt sei, was um so glaubhafter erschien, als gerade in der Schlosskaserne von den erkrankten Soldaten über 3000 Flaschen Mineralwasser, von dem betreffenden Fabrikanten herbeigeholt, getrunken worden waren. Die chemische Untersuchung des Wassers ergab denn auch haarsträubende Dinge. Das Wasser war durchsichtig von Bakterien und Bacillen. Es wurde nachgewiesen, daß nicht allein das Abfallwasser, sondern auch der Inhalt einer Latrinegrube in den Brunnen-gebrungen war. Da indessen die unmittelbare Beweise fehlten, daß das Wasser wirklich die Krankheit verbreitet habe, so konnte gegen den Mineralwasser-Fabrikanten nur eine Klage wegen fahrlässiger Verbreitung schädlicher Genußmittel eingeleitet werden. In einer Schöffengerichtssitzung vom 5. Mai wurde daher der Beschuldigte in eine Geldbuße von 50 M. verurtheilt, während der Antragswalt ein Gefängnißstrafe von drei Wochen erlangt hatte.

— (Schiffs-Bewegung der Postdampfschiffe der Hamburg-Amerikanischen Badefahrt-Aktiengesellschaft.) „Geller“, 10. Mai von Hamburg nach Newyork, 12. Mai von Havre weitergegangen; „Wieland“, 7. Mai von Newyork nach Hamburg, 17. Mai von Cherbourg weitergegangen; „Athenia“, 23. April von Hamburg, 12. Mai nach St. Thomas angekommen; „Westpalia“, 13. Mai von Hamburg nach Newyork; „Abactia“, 14. Mai von Newyork nach Hamburg; „Reising“, 30. April von Newyork, 16. Mai in Hamburg angekommen; „Moravia“, 16. Mai von Newyork nach Hamburg; „Suecia“, 17. Mai von Hamburg nach Newyork; „Silesia“, 27. April von St. Thomas nach Hamburg, 17. Mai von Havre weitergegangen; „Alleania“, 28. April von Hamburg nach Newyork; „Hammer“, 18. Mai in St. Thomas angekommen; „Hammer“, 3. Mai von Hamburg, 14. Mai in Newyork angekommen und „Brisa“, 6. Mai von Hamburg, 18. Mai in Newyork angekommen.

— (Ein Mißverständnis.) Welch unliebsames Mißverständnis! Wie knapp gefaßte Telegramme hervorrufen können, davon wird aus Weingarten bei Durlach eine hellere Geschichte erzählt. Der Bürgermeister des genannten badischen Ortes erhielt ein Telegramm mit folgendem Wortlaut: „gestellt: „Erlaube morgen früh 7 Uhr 15 Wagen mit guten Pferden an Bahnhof zu stellen.“ Nach Erkundigung der Umgegend. General-Bürgermeisteramt Weingarten, den 29. April 1885. Nachm. 2.30.“ In diesem Telegramm war das Wörtchen „einen“ vor dem Wort „Wagen“ vergessen worden und so kam es, daß — wie verlangt — fünfzehn Wagen um die Nachtzeit auf dem Bahnhofe standen.

Telegraphische Depeschen.

Posen, 20. Mai. Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Erkenntniß des Landgerichts Posen, welches den Prinzen Czarewitsch wegen Aufreizung zum Klassenhaß und Vileidigung des Staatsministeriums durch öffentliche Rede zu 60 Mark Geldbuße event. 60 Tagen Gefängniß verurtheilt hatte, die Revision eingelegt.

Wien, 19. Mai. Die Mitglieder des Gemeinderaths trafen zum Besuch der Ausstellung heute Abend hier ein und wurden auf dem Dome des Empfangskomitees auf das Herlichste begrüßt. Der Oberbürgermeister gab der Freude der ungarischen Hauptstadt da über Ausdruck, daß Wien die lästliche des großen nationalen Festes zum ersten Male des besonderen Glückes theilhaftig werden Magistrate und Gemeinderath Wiens als Gäste zu empfangen. Bürgermeister Ubl erwiderte, seien mit Freude gekommen, von dem Feste theilzunehmen, das die großen Ereignisse eines Nationalfestes zeigen solle. Das zahlreich anwesende Publikum unterbrach die Rede wiederholt mit enthusiastischen Kundgebungen.

Kaplanstadt, 19. Mai. Der Hörsing in Namana hat das englische Protektorat angenommen und für die englischen Kolonisten ein bedeutendes Gebiet zur Verfügung gestellt. Das Namana-Gebiet reicht bis zum Lambert's Hüffe.